



# Klartext



INFORMATION DER NPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG | AUSGABE 31

[WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE](http://WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE)



## Deshalb fordert die NPD-Fraktion:

► **Raus aus dem Euro!** Schluß mit der „Euro-Rettung“ auf deutsche Kosten. Nur eine Rückkehr zu nationalen Währungen kann jetzt noch helfen. Das käme übrigens auch Griechenland und anderen südeuropäischen Staaten zugute, da sie durch Abwertung wieder Konkurrenzfähigkeit erlangen könnten.

► **Nein zur Brüssel-Diktatur!** Immer mehr Kompetenzen werden von Deutschland auf die Europäische Union verlagert. Selbst der Sächsische Landtag befaßt sich zu einem Großteil nur noch mit Gesetzen und Bestimmungen, die von Brüssel diktiert werden. Dieses willfährige Abnicken muß ein Ende haben, insbesondere wenn es um unsere Finanzen geht. Wir wollen wieder Herr im eigenen Haus sein!

► **Ja zu Europa, aber nein zu dieser EU!** Ob Barroso in Brüssel, Merkel und Schäuble in Berlin oder Tillich & Co. in Dresden – sie alle wollen Deutschland wie ein Stück Zucker im Tee in einem supranationalen EU-Einheitsstaat – den „Vereinigten Staaten von Europa“ nach amerikanischem Muster – auflösen. Deutschland darf aber nicht abgeschafft werden. Es muß als demokratischer Nationalstaat und als Rechtsstaat, gleichberechtigt mit den anderen europäischen Staaten, in einem Europa der Vaterländer fortbestehen.



>> KOMMENTAR

Mario Löffler, MdL

## Sachsen muß Heimat bleiben!

Immer mehr junge Menschen ziehen aus Sachsen fort, um andernorts ihr Glück zu finden. Es ist zweifellos eine schöne Sache, wenn junge Leute heute im Ausland arbeiten können, wenn sie dazu Lust haben. Es ist aber eine Schande, wenn sie es tun müssen, weil sie in ihrer Heimat keine Zukunft mehr sehen! Die etablierten Politiker haben Sachsen als Niedriglohnland auserkoren, so daß sich gerade die Generation der 18- bis 27-Jährigen fragt, ob es noch einen Sinn hat, hier zu leben und eine Familie zu gründen. Wie soll man denn auch längerfristig planen, wenn die Löhne kontinuierlich sinken? Von seiner Arbeit muß der Mensch schließlich auch leben können. Wirtschaftsminister Morlok hat nun eine ganz tolle Idee: Er will Arbeitnehmer, vor allem Fachkräfte, aus Polen, Tschechien und anderen Ländern anwerben, um die Lücken zu schließen.

Kurz vor der Sommerpause segneten Bundestag und Bundesrat den neuen permanenten Euro-Rettungsschirm ESM ab, mit dem die Hoheit über die deutschen Finanzen einer Luxemburger Zweckgesellschaft mit demokratisch nicht legitimierten Gouverneuren übertragen werden soll.

Damit bekommen die Machthaber der EU nicht nur unbegrenzten Zugriff auf unser aller Steuergeld, der ESM bedeutet auch die faktische Abschaffung der Nationalstaatlichkeit Deutschlands und das Ende von Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie. Ziel der Eurokraten ist es, Deutschland und die anderen europäischen Nationen abzuschaffen und in einem EU-Superstaat aufgehen zu lassen. Darum ist das von Berlin durchgepeitschte ESM-Gesetz ein lupenreines Ermächtigungsgesetz – und

die Abgeordneten, die dem zugestimmt haben, sind nichts anderes als Totengräber von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung.

Die NPD-Fraktion hat sich als einzige politische Kraft im Landtag von Anfang an gegen alle Maßnahmen zur sogenannten „Rettung“ des auf ganzer Linie gescheiterten Euro-Experiments ausgesprochen – ob es um den Geldregen für die insolventen Pleite-Griechen oder die anderen „Rettungspakete“ und „Rettungsschirme“ ging. Um den Euro-Irrsinn zu stoppen und die Steuergelder und Ersparnisse der Deutschen zu retten, haben die Nationaldemokraten auch verschiedene Anträge eingebracht – die alle abgelehnt wurden. CDU und FDP stehen ebenso wie die linken Oppositionsparteien zum Euro und den Diktaten aus Brüssel.

Nur die NPD-Fraktion sagt: Deutsches Geld darf weder in Griechenland noch

in Brüssel oder Luxemburg versanden – es muß zuerst für die Aufgaben im eigenen Land verwendet werden. Erst kommt Deutschland, dann Europa! Die Europäische Währungsunion hat sich zu einem Faß ohne Boden entwickelt, in das vor allem wir Deutschen Milliarden und Abermilliarden werfen sollen. Das muß ein Ende haben, und darum sagen wir: NEIN zum Euro – JA zur D-Mark! Nur eine Rückkehr zur eigenen Währung und zu nationaler Souveränität kann uns vor der Ausplünderung durch Brüssel schützen. Europa-Feinde sind wir Nationaldemokraten deswegen noch lange nicht. Im Gegenteil: Wir streben ein Europa der Vaterländer an, in dem die Völker miteinander in Frieden und Freiheit leben. Die EU und die herrschenden Politiker sind es, die die Menschen gegeneinander aufbringen. Der Euro sichert nicht den Frieden in Europa, sondern gefährdet ihn.

## „Arabischer Frühling“ in Sachsen?

Eine Anfrage des NPD-Abgeordneten Arne Schimmer an die Staatsregierung ergab, daß Asylbewerber aus Tunesien und Libyen ausschließlich Sachsen zugewiesen werden. Insgesamt wurden dem Freistaat 2.500 Erstantragsteller zugeteilt, rund 1.200 Asylananten sind in diesem Jahr schon gekommen. Offenbar ist der vielgerühmte „Arabische Frühling“ nun bei uns angekommen. Aktuelle Asyl-Brennpunkte wie in Pirna, Plauen, Zittau, Leipzig-Grünau, Chemnitz-Ebersdorf und zuletzt in Gröditz im Landkreis Meißen belegen eindrucksvoll, daß die einheimische Bevölkerung alles andere als erfreut über die neue Ausländerflut aus Nord- und Schwarzafrika ist. Immer wieder

kommt es in der Umgebung der Asylananten-Unterkünfte zu schweren Straftaten, zu Überfällen, Diebstahl und sogar Vergewaltigungen. Doch statt die Sorgen der Bürger ernstzunehmen, beschleunigte Asylverfahren durchzuführen und abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken, diskutieren die etablierten Politversager nur über Standorte und die Art der Unterbringung. Die NPD-Fraktion sagt hier klar und deutlich: Zentral, dezentral, ganz egal – es geht nicht um Standorte, sondern eine generelle Durchsetzung des Prinzips „Abschiebung vor Neuaufnahme“ sowie eine grundlegende und nachhaltige Lösung der Asylrechtsproblematik. Die Nationaldemokraten stellten daher im Landtag einen Antrag,

der vor allem die Interessen der Einheimischen im Blick hat, weil er den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts stoppen und die Kommunen finanziell entlasten will. Weniger Asylbewerber bedeuten weniger Probleme und weniger Kriminalität – mehr Asylbewerber das genaue Gegenteil! Es stellt sich doch ohnehin die Frage: Wenn den Menschen in Tunesien und Libyen doch Freiheit und Demokratie gebracht wurden, wieso flüchten sie dann nach Deutschland? Laut Grundgesetz sollen nur politisch Verfolgte in den Genuß des Asylrechts kommen – und nicht etwa Ausländer, die nur von unseren Sozialsystemen profitieren wollen.

ZENTRAL, DEZENTRAL – GANZ EGAL: ASYLMISSBRAUCH STOPPEN!





CHEFSACHE

# Staatsstreich mit Ansage

Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender

Liebe Landsleute,

wir Nationaldemokraten wurden stets als „Verfassungsfeinde“ gebrandmarkt, wenn wir darauf hinwiesen, daß Artikel 146 GG besagt, daß das Grundgesetz an dem Tag seine Gültigkeit verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nun erstmals unumwunden eingeräumt, daß er bei einer fortschreitenden Abgabe von Souveränitätsrechten nach Brüssel von einer baldigen Volksabstimmung über eine neue Verfassung nach Art. 146 GG ausgeht. Ist er deshalb nun auch ein „Verfassungsfeind“? Auf jeden Fall führt Schäuble nichts Gutes im Schilde, denn er strebt nicht etwa eine nationale Verfassung an, sondern eine Art Scharnierverfassung, die Deutschland als Nationalstaat abschaffen und als Teilgebiet in einen EU-Superstaat überführen

soll. Dem fortschreitenden Entdemokratisierungsprozeß in der Bundesrepublik soll nun also mit einem Verfassungsputsch die Krone aufgesetzt werden.

**Was Schäuble da plant, ist geradezu ein Staatsstreich mit Ansage! Ihm kann die Auflösung der Nationen in einem EU-Kunststaat vom Mittelmeer bis zur Arktis gar nicht schnell genug gehen. Dabei zeigen doch Beispiele der Vergangenheit wie Jugoslawien oder der Gegenwart wie Belgien, daß das Modell eines supranationalen Vielvölkerstaates von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist und nur Knechtschaft verheißt. Die Völker Europas – vor allem wir Deutschen – sollen über die Transfer- und Schuldenunion in eine politische Union gepreßt werden, in der dann Freiheit und Demokratie Fremdworte sein werden.**

Meine Fraktion führt im Sächsischen Landtag einen unermüdlichen Kampf gegen die perfiden Machenschaften der Deutschland-Abschaffer, die auch in der Regierung Tillich sitzen. Dafür werden wir ständig angegriffen und in die Nähe von Mördern und Attentätern gerückt.

Doch anders als der sogenannte „Verfassungsschutz“, der in Wirklichkeit wie früher die Stasi nur die Herrschenden vor echter Opposition schützen soll, lehnen wir Gewalt und kriminelle Machenschaften in der politischen Auseinandersetzung ab. Momentan berät das Bundesverfassungsgericht über mehrere Klagen gegen das ESM-Ermächtigungsgesetz. Die NPD-Landtagsabgeordneten haben mit ihrer Unterschrift die Klage des Vereins „Mehr Demokratie“ unterstützt. Schäuble & Co. setzen das höchste deutsche Gericht nun unter Druck. Wenn die Deutschland-Abschaffer obsiegen, droht uns laut dem Staatsrechtler und Euro-Kläger Professor Karl-Albrecht Schachtschneider ein „Einheitsstaat, der unvermeidlich mangels demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen eine bürokratische Diktatur – geführt von einer Elite der Wirtschaft, der Politik und der Medien – sein wird“. Die Deutschen werden dann, so Schachtschneider weiter, nur noch „Untertanen dieses Herrschaftssystems sein – Arbeiter und Verbraucher, die letztlich nur mit begrenzten Lebensrechten ausgestattet sind, die gerade so weit reichen, daß sie den Herr-

schaftsinteressen genügen“.

In dieser Situation sehen wir uns in die Lage versetzt, als einzige politische Kraft das Grundgesetz als letztes Bollwerk gegen eine zentral gelenkte EU-Diktatur und gegen die Zerstörer des Nationalstaates zu verteidigen. Das Diktat einer EU-Scharnierverfassung, die nur zur Auflösung eines nationalstaatlich organisierten Deutschlands dienen soll, ist mit uns Nationaldemokraten nicht zu machen. Hiergegen erhebt sich unser erbitterter Widerstand, der letztlich durch Artikel 20 Abs. 4 GG vollauf gedeckt wird. Dieser Artikel besagt, daß jeder Deutsche das Recht auf Widerstand gegen jene hat, die die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen versuchen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Dieser Zeitpunkt ist greifbar nah!

Holger Apfel

www.holger-apfel.de

www.facebook.com/holger.apfel

## Gute Stimmung beim Sommerfest der NPD-Fraktion



Im Juli fand im idyllischen Muldental wieder einmal das traditionelle Sommerfest der NPD-Landtagsfraktion statt. Trotz des launenhaften Wetters erlebten die aus ganz Sachsen angereisten Gäste wieder einmal einen abwechslungsreichen Tag mit stimmungsvoller Musik, kurzweiligen Reden, einer Tombola sowie Speis und Trank zu volksnahen Preisen. Das musikalische Programm wurde gestaltet von den „Mühlbacher Buam“, die mit volkstümlichen Klängen und Schlagern für die richtige Volksfest-Stimmung sorgten. Zudem traten mit Frank Renicke und Jörg Hänel zwei Liedermacher auf. Die ganz jungen Gäste konnten sich auf

der Hüpfburg austoben oder sich mit bunten Farben phantasiervoll bemalen lassen und basteln. Außerdem trat auch die „Märchenhexe Ragna“ auf. Ansprachen hielten der NPD-Parteivorsitzende und Frakti-



onsvorsitzende Holger Apfel, der NPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Mario Löffler, Sven Diem von den Jungen Nationaldemokraten (JN) sowie Erik Lamprich von der tschechischen Rechtspartei DSSS. Wieder einmal ein Fest für die ganze Familie! Sie wollen im nächsten Sommer auch dabei sein? Dann füllen sie den Info-Gutschein auf der letzten Seite aus. Alle „Klartext“-Abonnenten erhalten eine Einladung.



# „Schlendrian und Siesta-Kultur“

## Die NPD-Fraktion hat von Anfang an den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert

Thilo Sarrazins neues Buch „Europa braucht den Euro nicht“ erregt viel Anstoß bei der politischen Klasse und ihrem postnational gesinnten Medienanhang. Neben seiner Aussage zur Zahlmeisterrolle Deutschlands als Holocaust-Buße tadeln Euro-Fanatiker vor allem Sarrazins Bemerkungen über Griechenland. In seinem Buch spart der Ex-Bundesbanker nicht mit Aussagen zu unterschiedlichen nationalen Wirtschaftsstrukturen, die für ihn mit ethnisch bestimmten Kulturmustern, Traditionen und Mentalitäten zusammenhängen. Den griechischen Zutritt zur Euro-Zone durch gefälsch-

te volkswirtschaftliche Leistungsbilanzen führt er auf „levantinische Schläue“ zurück, und der Hang zur ökonomischen Desorganisation sei „tief in der Mentalität und den Traditionen der griechischen Gesellschaft verwurzelt“.

### Unterschiedliche Mentalitäten

Sarrazin hat recht: Die griechische Schuldenkrise ist genauso hausgemacht wie die fehlende Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Hellenen. Man sollte sich nicht scheuen, die Strukturkrise Griechenlands und anderer Dolce-Vita-Staaten auch mit den unter-

schiedlichen Volkscharakteren zu erklären. Völker sind Sprach- und Kulturgemeinschaften, Schicksals- und Abstammungsgemeinschaften. Diese Unterschiedlichkeit der Völker findet ihren Ausdruck auch in objektiven Indikatoren wie Bruttosozialprodukt, Produktivität, Sparquote und Haushaltssolidität. Die Leistungsnationen der Euro-Zone wie Deutschland, die Niederlande, Finnland und Österreich haben diese Primärtugenden, andere Völker eben nicht. Wirtschaftliche Interessengruppen und politische Dynastien in Griechenland betrachten den Staat seit jeher als Beute, die es unter Geschäftspartnern, Unterstüt-

zern und Familienangehörigen zu verteilen gilt. In Sachen Korruptionsanfälligkeit belegt Griechenland neben Italien einen „Spitzenplatz“ in Europa.

### Über 90 Milliarden nach Athen

Ein hausgemachter Infektionsherd ist die fehlende Steuermoral vieler Griechen und die völlige Ineffizienz der Steuerbehörden. Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß selbst an Tote jahrelang Renten gezahlt wurden. Wie verrotten muß ein Staatswesen eigentlich sein, in dem das geschieht! Möglich ist das nur dort, wo sich eine quasi-sozialistische Schlend-

rian-Mentalität und gemütlige Siesta-Kultur erhalten hat. Hinzu kommt gerade in Griechenland die Schwere eines wuchernden öffentlichen Dienstes, der alle Erfolgsgenden des Wirtschaftslebens erstickt. Allein die Sozialleistungen und Sonderrechte griechischer Staats(ver)diener machen einen Schuldenkollaps unausweichlich. Es ist eine Sauerlei sondergleichen, daß durch Merkels „Rettungsschirme“ die fleißigen und steuerehrlichen Deutschen die Rundumversorgung griechischer Staatsbediensteter mitfi-

nanzieren. Die NPD-Fraktion hat von Anfang an gefordert, die Griechen aus der Euro-Zone zu entlassen, statt „Hilfspakete“ zu schnüren. Nun steht der „Grexit“, der Austritt Griechenlands aus dem Euro, kurz bevor – nachdem wir nach Berechnungen des Münchner Experten Prof. Dr. Hans-Werner Sinn bereits über 90 Milliarden Euro nach Athen geschickt haben. Geld, das wir nicht wiedersehen werden. Hätte man gleich auf uns gehört, wäre den Deutschen einiges erspart geblieben!

Jürgen Gansel, MdL







## HOLGER APFEL

- » Fraktionsvorsitzender
- » Mitglied im Landtagspräsidium

[www.holger-apfel.de](http://www.holger-apfel.de)



# WIR FÜR SIE POLITIK AUS DEM VOLK

## JÜRGEN GANSEL



- » Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
- » Mitglied im 2. Untersuchungsausschuß der 5. Wahlperiode („Sachsen-Sumpf II“)

**Geboren 1974**, ledig. Historiker M.A., 1999 Abschluß des Studiums der Mittlere und Neueren Geschichte sowie der Politikwissenschaft. Kreisrat des Kreises Meißen und Stadtrat in Riesa.

[www.juergen-gansel.de](http://www.juergen-gansel.de)

## ANDREAS STORR



- » Mitglied im Innenausschuß
- » Mitglied der Enquete-Kommission „Technik und Innovationsförderung“

**Geboren 1968**, ledig. Abitur, Ausbildung zum Bankkaufmann, Fortbildung zum Bilanzbuchhalter. Seit 2008 Kreisrat im Landkreis Görlitz, seit Juli 2009 Stadtrat in Görlitz. Seit 2011 Bundesschatzmeister der NPD.

## ARNE SCHIMMER



- » Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß
- » Mitglied im 3. Untersuchungsausschuß der 5. Wahlperiode („Zwickauer Terrorzelle“)

**Geboren 1973**, ledig. Abschluß als Dipl.-Ökonom. 2000-2001 Prüfungsassistent, 2001-2003 Redakteur der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“. Mitglied des NPD-Parteivorstandes.



**Bürgerbüro**  
Geschwister-Scholl-Straße 4, 01591 Riesa  
[holger.apfel@slt.sachsen.de](mailto:holger.apfel@slt.sachsen.de)  
0351-493 4900

## GITTA SCHÜSSLER



- » Mitglied im Ausschuß für Soziales und Verbraucherschutz
- » Mitglied im Petitionsausschuß

**Geboren 1961**, verheiratet, drei Kinder. Buchhändlerin, selbständig im Einzelhandel seit 1998. NPD-Mitglied seit 2002. Kreisrätin im Landkreis Zwickau seit 2008.

[www.gitta-schuessler.de](http://www.gitta-schuessler.de)



**Bürgerbüro**  
Geschwister-Scholl-Straße 4, 01591 Riesa  
[juergen.gansel@slt.sachsen.de](mailto:juergen.gansel@slt.sachsen.de)  
0351-493 4900

## DR. JOHANNES MÜLLER



- » Stellv. Fraktionsvorsitzender
- » Parl. Geschäftsführer
- » Mitglied im Ausschuß für Verfassung, Recht und Europa
- » Mitglied im Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten
- » Mitglied im Notparlament

**Geboren 1969**, geschieden, eine Tochter. Seit 2006 Facharzt, 2010 Übernahme der väterlichen Hausarztpraxis. Seit 1999 Kreisrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Stadtrat in Sebnitz.



**Bürgerbüro**  
Äußere Weberstr. 10b, 02763 Zittau  
[andreas.storr@slt.sachsen.de](mailto:andreas.storr@slt.sachsen.de)  
0351 / 493 49 00

## MARIO LÖFFLER



- » Mitglied im Ausschuß für Schule und Sport
- » Mitglied im 1. Untersuchungsausschuß der 5. Wahlperiode („Müll-Enquete“)

**Geboren am 1963**, ledig, 19 Jahre selbständig als Kaufmann. Gemeinderat und Kreistagsfraktionsvorsitzender, NPD-Kreisvorsitzender seit 2007 und Landesvorsitzender seit 2012



**Bürgerbüro**  
Rädelstraße 12, 08523 Plauen  
[arne.schimmer@slt.sachsen.de](mailto:arne.schimmer@slt.sachsen.de)  
0351 / 493 49 00

## ALEXANDER DELLE



- » Fraktionsschatzmeister
- » Mitglied im Ausschuß für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- » Mitglied im Ausschuß für Umwelt und Landwirtschaft

**Geboren 1973**, ledig. Kaufmännische Ausbildung zum Bankkaufmann. 1997-2004 Verlagsangestellter. Seit 1992 Mitglied der NPD.



**Bürgerbüro**  
Äußere Crimmitschauer Str., 48, 08393 Meerane  
[gitta.schuessler@slt.sachsen.de](mailto:gitta.schuessler@slt.sachsen.de)  
03764 / 57 06 02



**Bürgerbüro**  
Äußere Weberstr. 10b, 02763 Zittau  
[andreas.storr@slt.sachsen.de](mailto:andreas.storr@slt.sachsen.de)  
0351 / 493 49 00



**Bürgerbüro**  
Kupferstraße 2, 09456 Annaberg-Buchholz  
[mario.loeffler@slt.sachsen.de](mailto:mario.loeffler@slt.sachsen.de)  
0351 / 493 49 00



**Mobiles Bürgerbüro**  
Zu Ihnen unterwegs  
[alexander.delle@slt.sachsen.de](mailto:alexander.delle@slt.sachsen.de)  
0351 / 493 49 00

# Auch in Sachsen eine Gefahr: Salafisten auf dem Vormarsch!

**Wir fordern: Islamismus stoppen – Haßprediger und Straftäter ausweisen**

Salafisten und andere radikale Islamisten haben auch Sachsen ins Visier genommen. So kam es in Dresden bereits mehrfach zu Koran-Verteilungen des berüchtigten „Predigers“ Ibrahim Abou Nagie, der, wie nun bekannt wurde, unsere Sozialkassen unberechtigt um 184.000 Euro erleichtert hat. In Plauen existiert seit geraumer Zeit ein Islam-Zentrum mit Koranschule, in Freital wurden schon vor zwei Jahren im Rahmen einer bundesweiten Razzia Bücher mit dem zynischen Titel „Frauen im Schutz des Islam“ sichergestellt, in denen das Verprügeln von Frauen empfohlen wurde. In Leipzig ist es besonders schlimm: Dort durfte die Salafisten-Vereinigung des selbsternannten „Imam von Sachsen“, Hassan Dabbagh, bereits ihre zweite Moschee eröffnen. Dabbagh rechtfertigte 2006 den mißlungenen

Attentatsversuch der Kofferbomber während der WM, und in der Sendung „Menschen bei Maischberger“ antwortete er kürzlich auf die Frage, ob er den Koran über das Grundgesetz stelle, rotfrech: „Solange wir in der Minderheit sind, akzeptieren wir eure Rechtsordnung.“

Die NPD-Fraktion beantragte daher im Landtag die sofortige Ausweisung von Mitgliedern salafistischer Gruppen, die durch Gewalttaten, Haßpredigten oder andere Straftaten den öffentlichen Frieden gefährden. Zudem verlangen die Nationaldemokraten von der Staatsregierung, sich im Rahmen der Innenministerkonferenz für die generelle Ausweisung bekannter Salafisten einzusetzen und bei Islamisten mit Migrationshintergrund, die einen BRD-Paß haben, den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft zu prüfen.

Der innenpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Andreas Storr, betonte in einer Rede: „Islamisten sind nicht etwa nur als besonders extrem agierende Vertreter ihres Glaubens anzusehen, sondern verkörpern den Islam in



Foto: Schängel, cc-by-sa 3.0

seiner reinen, unverfälschten Form, mit der die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslime gänzlich oder zumindest in weiten Teilen konform geht.“ Stets werde verkannt, daß es sich bei dem Islam eben nicht nur um eine religiöse Konfession handelt, „son-

dern um ein umfassendes Gesellschafts- und Staatsmodell, das im Widerspruch zu unserer unverhandelbaren nationalen und abendländischen Identität sowie den Grundlagen eines demokratisch verfaßten und sozialen Rechtsstaates steht“, so Storr.

Die NPD-Fraktion meint: Der Islam gehört nicht zu Deutschland – und in Sachsen haben Salafisten und andere radikale Islamisten nichts zu suchen. Wir wollen keine Moscheen mit Minaretten, keine verschleierte

Frauen und keine Scharia! Die nationale, kulturelle und abendländische Identität unserer Heimat ist zu schützen. Deswegen sagt die NPD-Fraktion dem Islamismus den Kampf an – und fordert: Salafisten raus aus Deutschland! ■ ■ ■

# Nur Pleiten, Pech und Pannen?

**STASI 2.0 – „Verfassungsschutz“ abschalten!**

Beim sächsischen „Verfassungsschutz“ (VS) verschwinden erst Abhörprotokolle mit Bezug zum sogenannten NSU monatelang in einem Panzerschrank, um dann unvermittelt wieder aufzutauchen – während weitere geheime VS-Akten ausgerechnet im November 2011, kurz nach dem Auffliegen der mutmaßlichen Zwickauer Terrorzelle, geschreddert werden. Arne Schimmer, Obmann der NPD-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuß des Landtags meint: „Das sind keine Pannen, sondern Muster der Vertuschung!“ Nach dem Rücktritt des sächsischen VS-Chefs Boos stellt sich einmal mehr die Frage, wie tief die Geheimdienste in die Morde und Anschläge der „Zwickauer Terrorzelle“ verstrickt sind. Tatsache ist: Die NPD-Fraktion stellte im November 2011 den Antrag, die Spitze des VS Sachsen sofort vom Dienst zu suspendieren, um mögliche Aktenvernich-

tungen zu verhindern. Darauf wollten sich die anderen Fraktionen nicht einlassen. Warum wohl...? Ob CDU/FDP, SPD, Grüne oder Linkspartei – sie alle mauern, wenn es um die Offenlegung der Machenschaften geht. NPD-Obmann Arne Schimmer bleibt weiter am Ball und hat Anzeige wegen der Aktenlöschung erstattet. Eines stand von Anfang an fest: Die NPD hat nichts mit dem ominösen NSU zu tun und lehnt Gewalt und Terror ab! Außerdem ist nicht der Döner-Verkäufer an der Ecke unser Gegner, sondern die für die Massenzuwanderung verantwortlichen Politiker. Arne Schimmer: „Deswegen sollte auf der Tagesordnung nicht etwa ein Verbot der NPD stehen, sondern der Rücktritt von Innenminister Ulbig und die Abschaffung des Geheimdienstes namens ‚Verfassungsschutz‘. Einmal Stasi hat gereicht!“ ■ ■ ■



# DRECK AM STECKEN UND GANZ VIEL SCHMUTZ - DIE HERREN VOM VERFASSUNGSSCHUTZ



comixfabrix@aon.at

## Sachsens Ausländerbeauftragter: Eine Fehlbesetzung!



### Nationaldemokraten fordern Abwahl und Abschaffung des Amtes

Sachsens Ausländerbeauftragter, der Deutsch-Amerikaner Dr. Martin Gillo (CDU), nutzt sein Amt vor allem dazu, eine ungezügelte Zuwanderung von Ausländern nach Sachsen zu propagieren, ob unter dem Deckmantel des Fachkräftemangels oder wegen vermeintlich humanitärer Gründe. Nach Ansicht der NPD-Fraktion verstoßen Amtsführung und Amtsverständnis des Ausländerbeauftragten in zentralen Punkten der Rechtsordnung in Deutschland. Hinzu kommen mangelnde Sachkenntnis und ein oberflächliches Agieren in wesentlichen Bereichen der Zuwanderungsproblematik. Der Migrant- und Islam-Lobbyist Gillo hat in zahlreichen Reden und Publikationen betont, eine „Willkommenskultur“ in Sachsen durchsetzen zu wollen, die darauf zielt, die angestammte Bevölkerung gegen eine multikulturelle Gesellschaft zu ersetzen. Statt sich für vielfältige Maßnahmen einzusetzen, daß Ausländer nicht irgendwann die Mehrheit der Bevölkerung bei uns stellen, will Gillo schon heute den Ausländern einen roten Teppich ausrollen. Mit

dem Grundgesetz, das vom deutschen Volk als Staatsvolk ausgeht, hat das alles nichts mehr zu tun.

Auch beim Thema Asyl ist der „Christdemokrat“ maßlos überfordert. Einerseits kritisiert Gillo die Ausländerbehörden, obwohl diese sich diese nur an Recht und Gesetz halten, andererseits stellt er Zustände als vorbildlich hin, die sich bei näherem Hinsehen als rechtswidrig oder gar kriminell erweisen. Verwiesen sei hierbei z. B. auf das Asylantenheim in Plauen, für das Gillo bei seinem sogenannten „Heim-TÜV“ das Prädikat „sehr gut“ vergab. Laut der

Zeitung „Freie Presse“ vom 22. Februar 2011 schimmeln dort aber die Wände, die Bewohner berichten von Schlägereien, Lärm und Alkoholexzessen. Darauf angesprochen ruderte der schwärmerische Migrant-Robin-Hood zurück. In seinem „Heim-TÜV“ hieß es über das Plauener Heim zuvor wörtlich: „Trotz der Größe der Unterkunft können das konstruktive Miteinander der Behörden und die aktive Einbeziehung der Bewohner in das Heimleben so ein sehr gutes Klima in der Unterkunft ermöglichen.“

Die Nationaldemokraten haben daher per Antrag

die Abwahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten gefordert. Der NPD-Abgeordnete Andreas Storr erklärte dazu: „Martin Gillo ist ein Überfremdungspolitiker. Überzeugungstäter, der längst jeden Realitätsbezug und vor allem jede innere Bindung zum deutschen Volk verloren hat, das er im Schmelztiegel der multiethnischen und multikriminellen Konflikte am liebsten auflösen würde wie ein Stück Würfelzucker im Teeglas. Deswegen gehört er schnellstens abgewählt – und dieses nicht nur fehlbesetzte, sondern überflüssige Amt abgeschafft.“

Die NPD-Fraktion sagt: Wir brauchen nicht mehr Zuwanderung, sondern eine Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und von Ausländern, die in der sozialen Hängematte liegen. Das kostspielige Amt des Ausländerbeauftragten in seiner jetzigen Form ist daher abzuschaffen! Touristen und hochbegabte, nützliche und das Land bereichernde Menschen aus dem Ausland, die uns kulturell nahestehen, sind weiterhin willkommen. Für den Großteil der in Sachsen lebenden Muslime arabischer und türkischer Abstammung aber gilt dies gewiß nicht! ■ ■ ■

#### Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930  
V.i.S.d.P.: Holger Apfel, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Alle Sitzungen des Landtages mit den Reden unserer Abgeordneten werden live im Internet unter [www.landtag-sachsen.de](http://www.landtag-sachsen.de) (Menüpunkt Aktuelles) und auf MDR 1 Radio Sachsen über die Mittelwellefrequenz 1044 kHz (Dresden-Wilsdruff) übertragen.



#### INFO-GUTSCHEIN

- ☐ Ein Informationspaket
- ☐ Regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- ☐ Die DVD „Raus aus dem Euro“
- ☐ Das Magnetschild „Stoppt Fremdarbeiter“
- ☐ Ein Aufkleberpaket
- ☐ Die Doppelpostkarte zur Euro-Krise „Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein!“
- ☐ Das Faltblatt „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“

Name, Vorname

Alter

Straße

PLZ, Ort

ePost

Telefon

## TAG DER

### OFFENEN TÜR



- Glücksrad für Jung und Alt mit attraktiven Preisen
- Info-Material, Zeitungen, DVDs, Aufkleber und weitere Produkte der Fraktion, die unsere Argumente im Meinungswettstreit verdeutlichen

**03 OKT** **14-18h**  
Sächsischer Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Der Infostand der Nationaldemokraten steht diesmal unter dem Motto:

„Erst Deutschland, dann Europa –  
**NEIN zum Euro**“



**EXKLUSIV UND KOSTENLOS  
AN DIESEM TAG BEI UNS ERHÄLTlich:**

Die neue CD „Das Lied der Deutschen“  
und Autogrammkarten des patriotischen  
Rock-Musikers Sacha Korn



**NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag**  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: (0351) 49 34 900 | Telefax: (0351) 49 34 930  
E-Post: [npd@stl.sachsen.de](mailto:npd@stl.sachsen.de)

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich über die Arbeit der NPD-Fraktion aus erster Hand zu informieren. Unsere Abgeordneten und Mitarbeiter stehen Ihnen an diesem Tag für Fragen, Anregungen und Kritik zur Verfügung. Machen Sie sich vor Ort über unsere politischen Initiativen im Parlament ein Bild, das nicht von der einseitigen Medienberichterstattung bestimmt wird. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!